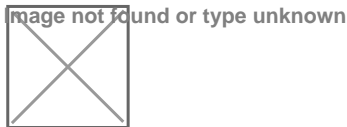

FDP Wiesbaden

EEG

22.10.2014

PRESSEMITTEILUNG VOM 22.10.2014

ROCK/GABLER: FDP erhält viel Zustimmung zu Bürgerbegehren – deutlicher Gegenwind für Windkraftprojekt auf dem Taunuskamm



„Wir haben inzwischen weit über 5.000 Unterschriften gemeinsam mit der Bürgerinitiative und der Bürgerliste für das Bürgerbegehren bezüglich der Windkraftanlagen auf dem Taunuskamm sammeln können und täglich treffen weitere Unterschriften ein. Auch in den Gesprächen, die wir zu diesem Thema mit Wiesbadenern führen, gibt es sehr viele kritische Stimmen. Daher stelle ich mir die Frage, wie die ESWE-Tochter Taunuswind zu der Aussage kommt, dass durch die Umfrage mit 1.000 Wiesbadenern hier eine valide Aussage zur Einstellung der gesamten Stadtbevölkerung abgeleitet werden kann. Von diesen 1.000 Befragten haben sich angeblich 58 Prozent, also rund 580 Menschen, nicht daran gestört, dass in Sichtweite von Wiesbaden Windräder stünden. Wir hingegen haben aktiv deutlich über 5.000 Unterschriften erhalten, die sich gegen eine Bebauung des Taunuskamms mit Windkraftanlagen aussprechen. Das ist nahezu der Faktor zehn“, so Norman GABLER, Kreisvorsitzender der FDP Wiesbaden.

Gabler weiter:

„Da stelle ich mir durchaus die Frage, wie sich die Stadtoberen darüber freuen können,

dass die Wiesbadener Mehrheit ‚für einen Windpark und die Stromgewinnung aus den Erneuerbaren Energien ist‘. So wird Oberbürgermeister Sven Gerich zitiert. Eine breite Akzeptanz kann ich keineswegs erkennen!“

Der parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag, René ROCK, erklärte:

„Landauf und landab äußern die Menschen ihren Unmut über die immensen Belastungen aus der EEG-Umlage für die Strompreise und die in der Folge völlig überzogenen Eingriffe und nachhaltige Zerstörung von Landschaften. Die Menschen haben zum Teil erhebliche Bedenken und äußern diese deutlich: So auch in Wiesbaden mittels einer Unterschriftensammlung mit dem Ziel eines Bürgerentscheids.

Diese aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Zusammenleben und der Einsatz zum Erhalt der Naherholungsgebiete verdient Respekt und kann für viele hessische Gemeinden und Städte ein Vorbild sein. Wir hoffen, dass die Botschaft, dass die Menschen nicht ohne Protest den weiteren, flächendenkenden und unkontrollierten Zubau von Windkraftanlagen hinnehmen werden, auch bei Bürgermeistern und der schwarz-grünen Landesregierung ankommt.“